

# MAGAZIN



LEITENTSCHEIDUNG

BRAUNKOHLE

Klima, Wald und Dörfer retten!

KLAGE GEGEN LAND NRW

Landesplanung auf dem Prüfstand

VOLKSINITIATIVE ARTENVIELFALT

BUND SAMMELT UNTERSCHRIFTEN

LEITENTSCHEIDUNG ZUR BRAUNKOHLLE

# KLIMA UND DÖRFER RETTEN

Die Landesregierung hat den Entwurf einer neuen Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik vorgelegt und feiert sich selbst als Klimaschützer. Zu Unrecht.



**D**ie neue Leitentscheidung soll dem beschlossenen Kohleausstieg Rechnung tragen und die Grundlagen für die notwendige Änderung der Braunkohlenpläne liefern. Doch der Entwurf wird weder dem Klimaschutz noch den Tagebaubetroffenen gerecht. Und eine echte Bürgerbeteiligung findet nicht statt.

## RWE-INTERESSEN BEVORZUGT

In 14 Entscheidungssätzen fasst die Landesregierung die neuen Anforderungen an die Braunkohlenplanung zusammen. Nach eigenem Bekunden übersetzt die Landesregierung damit das Kohleausstiegsgesetz des Bundes in die räumliche Planung des Landes und schafft den Rahmen für die bevorstehenden Veränderungen in den rheinischen Tagebauen.

Doch während sich Energieminister Andreas Pinkwart und Ministerpräsident Armin Laschet mit Eigenlob überschütteten, hagelte es Kritik aus der Klimabewegung. Als „Dokument klimaschutzpolitischer Unglaubwürdigkeit“ geißelte der BUND das Papier. „Mit dieser Leitentscheidung bleibt vieles im Unklaren, Planungs-

sicherheit für die Region und die Tagebaubetroffenen gibt es nicht“, sagte der NRW-Geschäftsleiter des BUND Dirk Jansen. „Die Leitentscheidung dient einmal mehr vor allem den Interessen des Kohlekonzerns RWE.“ Auch werde die Chance verpasst, für den sozialen Frieden in der Region zu sorgen.

Letztendlich will die Landesregierung den Weg für die Förderung von bis zu 900 Millionen Tonnen Braunkohle freimachen. Das ist mehr als das Dreifache dessen, was zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele maximal tolerierbar wäre.

## DÖRFER OHNE PERSPEKTIVE?

Insbesondere auch die Formulierungen zum Tagebau Garzweiler stoßen auf die Kritik des BUND. Anstatt die mögliche Förderung auf das aus klimaschutzpolitischer Sicht maximal notwendige Maß zu begrenzen und gleichzeitig einen Umsiedlungsstopp für Keyenberg und vier weitere Dörfer zu verhängen, eiert die Landesregierung herum. Dass vorrangig unbesiedelte Bereiche für die Braunkohlegewinnung genutzt und die Dörfer so lange wie

möglich geschont werden sollen, hilft den Umsiedlungsbetroffenen wenig. Die unzumutbare Unsicherheit bleibt. Eine eigenständige energiepolitische Begründung für den Tagebau liefert die Landesregierung nicht. Sie verweist auf die Festlegung der energiepolitischen Notwendigkeit von Garzweiler II im Kohleausstiegsgesetz des Bundes. Auch die Bundesregierung hatte es unterlassen, diese mit Gutachten zu belegen. Tagebaubetroffene haben deshalb Verfassungsbeschwerde eingelegt.

## HAMBI GEFÄHRDET

Auch die Formulierungen zum Tagebau Hambach hält der BUND für unzureichend. „Wer den Hambi dauerhaft erhalten will, darf nicht weiter zulassen, dass RWE bis auf 50 Meter an den Waldrand heranbaggert“, kritisierte der Braunkohlenexperte Jansen. Die geplante Abraumgewinnung östlich des Waldes ist zur Stabilisierung der Innenkippen des Tagebaus überflüssig und verhindert die ökologische Wiedervernetzung der Restflächen der Wälder. Die avisierte Prüfung von Maßnahmen zur Rücküberführung der Bürgewälder in



Ende August demonstrierten 3.000 Menschen für den Erhalt der Garzweiler-Dörfer.

öffentliche Hand und zur Übereignung in eine Stiftung ist im Kern zwar richtig, hätte aber schon längst erfolgen können. „Das Land NRW muss den Hambacher Wald von RWE zurück kaufen und ihn als europäisches FFH-Schutzgebiet ausweisen lassen“, so die BUND-Forderung. Bislang ist die Landesregierung diesbezüglich vollständig untätig geblieben.

### PSEUDO-BETEILIGUNG

Gemeinsam mit Tagebaubetroffenen und Bürgerinitiativen äußerte der BUND auch heftige Kritik am Verfahren. Die vorab gemeinsam an die Landesregierung gerichteten Forderungen blieben im Entwurf der Leitentscheidung im Wesentlichen unberücksichtigt. Zwar kann noch bis zum 1. Dezember online ein Feed-Back zum Entwurf der Leitentscheidung gegeben werden, eine echte Beteiligung der Umsiedlungsbetroffenen und der Zivilgesellschaft ist allerdings nicht vorgesehen.



Jetzt heißt es, nach dem Hambacher Wald auch die Dörfer zu retten.



### STICHWORT: LEITENTSCHEIDUNG

Mit ihren landesplanerischen Leitentscheidungen legt die NRW-Landesregierung die grundlegenden Vorgaben für die Braunkohlenplanung fest. Laut Bergrechtsexperte Dirk Teßmer (*im Bild rechts*) sind diese jedoch keine juristisch relevanten Entscheidungen, sondern nur Festlegungen der politischen Ausrichtung. Heißt im Klartext: Noch sind die Dörfer nicht verloren – auch wenn die Politik und RWE das anders vermitteln. Das Landesparlament wird übrigens nicht beteiligt.



#### MEHR ZUM THEMA

[www.bund-nrw.de/leitentscheidung](http://www.bund-nrw.de/leitentscheidung)

VOLKSINITIATIVE  
ARTENVIELFALT

# SIE SIND GEFRAGT!

Die Landesregierung  
schläft, wir machen  
Druck. Überall im  
Land. Machen Sie mit!

**Das war überfällig! Am 23. Juli starteten die drei NRW-Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) die gemeinsame Volksinitiative Artenvielfalt NRW. Seitdem schwärmen zahllose Aktive aus unseren Verbänden und Unterstützerorganisationen aus, um landesweit Unterschriften zu sammeln und unsere Forderungen für ein ‚Handlungsprogramm Artenvielfalt‘ in den Landtag zu tragen. Erforderlich sind mindestens 66.000 Unterschriften.**

## LEBENDIGE DISKUSSIONEN

„Der Rückgang der Insekten und vieler anderer Tiere bewegt die Menschen. Das zeigt sich nicht nur an den Unterschriften, sondern auch in vielen intensiven Gesprächen an unseren Infoständen“, so Hiltrud Brüggemann, Sprecherin der BUND-Kreisgruppe Warendorf, stellvertretend für viele Aktive im ganzen Land. Nicht nur in der Kreisstadt, auch in Beckum, Ahlen, Enningerloh, Telgte und Oelde zeigte die BUND-Gruppe beherzt Flagge für die Artenvielfalt und führte lebendige Diskussionen auch mit Landwirten.



Unterschriftensammlung für die Artenvielfalt. Viele BUND-Gruppen machen mit. Hier die Aktiven in Soest.

## UNGEBREMSTER FLÄCHENFRASS

Gleiche Erfahrungen machen die Unterschriftensammler\*innen überall im Land. Ob in Bielefeld oder am Niederrhein, in Köln oder Minden, im Sauerland, Ruhrgebiet und andernorts: „Vor allem der ungebremste Flächenfraß und die rücksichtslose Bebauung in die freie Landschaft hinein stößt auf massives Unbehagen. Wie soll es in zehn oder zwanzig Jahren bei uns aussehen, wenn das ungestoppt so weitergeht?“, so Sabine Schumacher von der BUND-Ortsgruppe Soest/Welver. Auch der bäuerlichen Landwirtschaft gehen hierdurch immer mehr Äcker, Wiesen und Weiden verloren. Statt den Öko-Landbau voranzubringen – NRW liegt hier im Bundesvergleich auf den hinteren Plätzen – wächst der Nutzungsdruck auf diese Flächen noch zusätzlich.

Als besonderes Ärgernis benennen die Bürger\*innen die Ausweitung sogenannter Schottergärten. Während sich viele Menschen Mühe geben und ihre Gärten und Balkone insektenfreundlich gestalten, sehen die steinernen Vorgärten oft lieblos aus und schaden Artenvielfalt und Stadtklima gleichermaßen. „Eigentlich ein einfaches Thema, doch auch hier schaut die Landesregierung untätig zu. Wir for-

dern in der Volksinitiative, Schottergärten endlich wirksam zu unterbinden“, so Adalbert Niemeyer-Lüllwitz, Mitglied im BUND-Landesvorstand.

## WEITER GEHT'S

Die Unterschriftensammlung geht weiter - mit viel Engagement und unter strenger Beachtung der Corona-Schutzvorschriften. Der Kreis unserer Unterstützerorganisationen ist weiter angewachsen, und täglich kommen neue Sammelstellen für Unterschriftenlisten überall in NRW hinzu.

## UNSERE FORDERUNGEN

1. Flächenfraß verbindlich stoppen
2. Schutzgebiete wirksam schützen
3. Naturnahe und wilde Wälder zulassen
4. Naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranbringen
5. Biotopverbund stärken und ausweiten
6. Lebendige Gewässer und Auen sichern
7. Artenschutz in der Stadt fördern
8. Nationalpark Senne ausweisen



Anpacken für die Artenvielfalt: BUND-Mitarbeiter\*innen legen beim Betriebsausflug eine Blumenwiese an.

Foto: Dirk Jansen

UNTERSCHREIBEN!

Jetzt unterschreiben!

## 80 Cent für die Artenvielfalt

Unsere Volksinitiative lebt davon, dass ganz viele Bürger\*innen in Nordrhein-Westfalen mitmachen. Jede Stimme zählt, jede\*r kann selber aktiv werden - ganz einfach und am Küchentisch!

### Unterschriftenliste ausfüllen und absenden

Auch dieser Ausgabe unseres BUND-Magazins liegt ein Unterschriftenbogen bei. Unterschreiben darf jede\*r Wahlberechtigte ab 18 Jahren mit erstem Wohnsitz in NRW. Wichtig ist das vollständige und leserliche Ausfüllen. Auf jeweils einer Liste sollten möglichst nur Personen aus derselben Stadt unterschreiben. Wohnen sie in verschiedenen Orten: Einfach in eine neue Liste eintragen. **Bitte den Unterschriftenbogen zurückschicken an: Volksinitiative Artenvielfalt, Postfach 19 00 04, 40110 Düsseldorf.**

### Familie, Nachbarn, Freunde ansprechen

Wenn jede\*r nur fünf oder zehn weitere Menschen für ihre Unterschrift gewinnt

– die Nachbarn im Haus, Freund\*innen, Arbeitskolleg\*innen und andere aufgeschlossene Menschen, kann dieses enorm zum Gelingen beitragen. Weitere Unterschriftenlisten können unter [www.artenvielfalt-nrw.de](http://www.artenvielfalt-nrw.de) heruntergeladen werden. Wir haben inzwischen auch ein großes Netz an Sammelstellen aufgebaut, in denen weitere Listen erhältlich sind.

**Mehr dazu auf unserer Homepage:**  
[www.artenvielfalt-nrw.de](http://www.artenvielfalt-nrw.de)



## "MISCHEN WIR UNS EIN"

Mein herzlicher Dank gilt allen, die so engagiert die Volksinitiative unterstützen. Und ebenso den vielen Ehrenamtlichen, die überall in NRW mit Leidenschaft im praktischen Natur- und Artenschutz aktiv sind und wo nötig auch politisch und juristisch gegen Naturzerstörung vorgehen.

Mischen wir uns auch weiterhin ein!

Holger Sticht  
Landesvorsitzender

## LANDESENTWICKLUNGSPLAN

# POLITIK MIT DER DAMPFWALZE

12 Hektar Freiraum gehen in NRW täglich verloren. Trotzdem hat sich die Landesregierung von Flächensparzielen verabschiedet. Dafür wird der naturverträgliche Ausbau der Windenergienutzung abgewürgt. Dagegen klagen wir.

**D**er neue Landesentwicklungsplan (LEP) kommt auf den juristischen Prüfstand. Der BUND hat gegen das Planwerk beim Oberverwaltungsgericht des Landes NRW in Münster Klage eingereicht. Im Zentrum der Kritik stehen die Streichung von Vorgaben zur Reduktion des Flächenverbrauchs und für den naturverträglichen Ausbau der Windenergie.

### VON ABWÄGUNG KEINE SPUR

Der BUND macht dabei vor Gericht einen „totalen Abwägungsausfall“ bei der Änderung etlicher Bestimmungen geltend. Nachvollziehbare fachliche Begründungen blieben aus, es wurden lediglich politische Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP umgesetzt. Dies führt nach Rechtsauffassung des BUND nicht nur zur Unwirksamkeit des LEP, sondern bringt in vielen Politikfeldern gravierende Verschlechterungen für den Umwelt- und Naturschutz.

„Mit der Änderung des Landesentwicklungsplans gibt die Landesregierung die planerische Steuerung der Flächennutzung auf“, kritisierte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Thomas Krämerkämper. Auch das Ziel, den Flächenverbrauch mittelfristig auf netto Null zu senken, wurde gestrichen. „Direkte Folge davon ist ein anhaltend hoher Flächenfraß“, so Krämerkämper. Die neuen Erleichterungen für die Siedlungsentwicklung sowie Industriegebiete im Freiraum und der Verzicht auf Steuerungsmöglichkeiten für Abgrabungsvorhaben von Rohstoffen wie Sand und Kies führen dabei zwangsläufig auch zu einem Verlust an biologischer Vielfalt.



Ob Straßenbau, Gewerbeflächen oder Abgrabungen - der Naturschutz kommt in NRW zunehmend unter die Räder.

### WINDENERGIENUTZUNG WIRD ABGEWÜRGT

Ein weiteres Manko des LEP ist für den BUND die allein ideologisch motivierte, sachlich aber unbegründet gebliebene 1.500 Meter-Mindestabstandsregelung für Windenergieanlagen. Diese hat zu einem weitgehenden Ausbaustillstand geführt. 2019 sind in NRW lediglich 45 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von 151 Megawatt ans Netz gegangen. Der Anteil der Windenergie an der heimischen Stromerzeugung liegt bei kläglichen sechs Prozent. So kann die Energiewende nicht gelingen. Durch die Aufgabe einer regionalplanerischen Steuerung des Windenergieausbaus ist zudem die Problembewältigung auf die Kommunen abgewälzt worden. „Das Resultat sind mehr statt weniger Klagen und eine anhaltende Rechtsunsicherheit“, so der BUND-Vize Krämerkämper.

Weitere Verschlechterungen durch den LEP gibt es unter anderem auch beim Luftverkehr. So sind die Flughäfen Dortmund, Paderborn und Weeze für 'landesbedeutsam' erklärt worden, während sie zuvor nur als 'regional-bedeutsam' eingestuft waren. Das bewirkt, dass sie in den internationalen und nationalen Flugverkehr einzubinden sind. Daraus können sich Ausbaupflichtungen ergeben, die zu weiterem Freiraumverlust führen. Die Klage gegen den Landesentwicklungsplan ist die erste ihre Art in Deutschland, sie hat Pioniercharakter.

**i** MEHR ZUM THEMA  
[www.bund-nrw.de/lep](http://www.bund-nrw.de/lep)

# AKTUELLES



Foto: BUND Dortmund

## Obstwiesenschutz

So macht Naturschutz Spaß! Landauf landab sind in den letzten Wochen Aktive und Freund\*innen des BUND bei der Sammlung von Streuobststapfeln unterwegs gewesen. Die Früchte wurden anschließend in regionalen Mostereien oder an Saftmobilen zu leckerem naturtrüben Apfelsaft gepresst. Überwältigend war die Anzahl der Helfer\*innen in Dortmund: Insgesamt haben sich über 130 Personen von Jung bis Alt an unserer Ernte beteiligt. Ein herzlicher Dank an alle, die an so vielen Orten im Land mitgewirkt haben!

➔ [www.bund-dortmund.de](http://www.bund-dortmund.de)

## DEREGULIERUNGSWELLE GEGEN ÖKOSTANDARDS

**G**esetze und fachliche Standards weisen schon lange zu viele Schwachpunkte auf, um Natur- und Umweltschutz in Plan- und Zulassungsverfahren ausreichend und wirksam zu berücksichtigen. Anstatt den Naturschutz aber zu stärken und wirksam gegen Artensterben und Flächenverbrauch vorzugehen, erfolgt derzeit eine neue Welle von Planungsbeschleunigung und Deregulierung durch Bund und Land.

Beispiele dafür sind die Streichung des 5 Hektar-Grundsatzes zur Reduzierung des täglichen Flächenverbrauchs aus dem Landesentwicklungsplan NRW (siehe Artikel auf S. 6), die Schwächung der Ausgleichsverpflichtungen für Eingriffe durch neue Baugebiete sowie die Fortführung

erweiterter Bebauungsmöglichkeiten im Außenbereich durch ein Baulandmobilisierungsgesetz. Ferner soll die Realisierung strittiger Infrastrukturvorhaben durch Einschränkungen bei der Mitwirkung an entsprechenden Zulassungsverfahren und der gerichtlichen Kontrolle von Entscheidungen vorangetrieben werden. Auch mit einer Sonderwirtschaftszone Rheinisches Revier sollen Umweltstandards ausgehebelt werden. Die Naturschutzverbände befürchten hierdurch einen ungebremsten Verlust von Flächen für den Naturschutz und machen dagegen mobil. Stellungnahmen zu einzelnen Maßnahmen und eine Übersicht der Verschlechterungen finden Sie auf der Website des Landesbüros der Naturschutzverbände.



### ANSPRECHPARTNER

Das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW ist eine gemeinsame Einrichtung der anerkannten Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU. Das Landesbüro koordiniert seit dem Jahr 1982 die Mitwirkung der anerkannten Naturschutzverbände in NRW und bietet den Mitgliedern der Naturschutzverbände fachliche Beratung und Unterstützung in allen Fragen rund um die Verbandsbeteiligung.

#### Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Ripshorster Straße 306, 46117 Oberhausen  
Tel. 0208 / 880 59-0, E-Mail: [info@lb-naturschutz-nrw.de](mailto:info@lb-naturschutz-nrw.de)  
[www.lb-naturschutz-nrw.de](http://www.lb-naturschutz-nrw.de)



Foto: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

Noch fühlen sich die Störche in der Johannisbachaue wohl.

## STÖRCHE ODER FREIZEITSEE?

**D**er BUND Bielefeld wendet sich entschieden gegen die Planungen für einen großen Freizeitsee in der Johannisbachaue im Norden der Stadt. Dieser würde wertvolle Natur entwerten.

Entlang des Johannisbaches blieb eine breite, offene Auenlandschaft mit hohem Naturschutzwert erhalten. Die Weiden werden nach naturschutzfachlichen Kriterien mit Heckrindern beweidet. In der Aue leben Weißstorch, Feldlerche und Kiebitz. Einen vergleichsweise naturnahen Fließgewässer-Lebensraum gibt es an keiner anderen Stelle im Stadtgebiet. Ein Stausee, in welcher Form auch immer, würde diesen Lebensraum zerstören. Dass die Planungen auch noch mit „ökologischer Aufwertung“ begründet werden, ist Augenschmerzhaft und dient nur dazu, ein zweifelhaftes Projekt schön zu reden. „Was ist an diesem künstlichen Freizeitsee ökologisch, der einen naturnahen Bachlauf und seine ökologisch wertvolle Bachaue zerstört?“, fragt Adalbert Niemeyer-Lüllwitz vom BUND. „Dass in der Aue wieder erfolgreich Weißstörche leben, zeigt den

besonderen ökologischen Wert dieses Gebietes“, ergänzt Jürgen Birtsch vom BUND-Kreisgruppenvorstand.

### NATUR ODER FREIZEITRUMMEL?

Dabei war zu einem möglichen Freizeitsee schon vor vielen Jahren alles gesagt und ausgetauscht worden. Das Ergebnis war eindeutig: Der Rat der Stadt hatte vor fünf Jahren die Planung abgelehnt und der Ausweisung als Naturschutzgebiet zugestimmt. Seit diesem Beschluss hat sich die Lage im Naturschutz weiter zugespitzt. Die neuen Daten zum Arten- und Insektensterben haben die Öffentlichkeit alarmiert. Auch die Klimakrise zwingt besonders in Siedlungsräumen dazu, wertvolle Grün- und Freiflächen zu erhalten. Die Stadt hat sich mit Ausrufung des Klimanotstandes dazu bekannt. Aus Sicht des BUND ist es gerade in dieser Situation völlig abwegig, ein ökologisch besonders wertvolles Naturgebiet einem Freizeitsee zu opfern.

Ein Fachkonzept für ein circa 70 Hektar großes Naturschutzgebiet Johannis-

bachaue liegt seit Jahren vor. Die dafür noch notwendige Änderung im Regionalplan hätte aus Sicht des BUND längst veranlasst werden können. Der BUND fragt: Warum ist das noch nicht geschehen? Das Beispiel eines neuen Gewerbegebietes im Süden der Stadt zeige doch, wie schnell es geht, wenn Interessen für eine Bebauung verfolgt werden und dafür Landschaftsschutz aufgehoben werden muss. Warum geht das nicht auch bei einem Naturschutzprojekt? Vom neu gewählten Stadtrat erwartet der BUND, dass die Naturschutzgebiets-Ausweisung jetzt endlich umgesetzt wird. Dazu muss das Gebiet bei der jetzt anstehenden Regionalplanänderung endlich als Vorranggebiet für den Schutz der Natur gesichert werden.



**MEHR ZUM THEMA**

<https://bielefeld.bund.net>



**KONTAKTIEREN  
SIE UNS**



Foto: Dirk Jansen

Sie haben Fragen, Anregungen...? Rolf Behrens ist Ihre erste Anlaufstelle in der BUND-Landesgeschäftsstelle.

**BUND NRW e.V.**

Merowingerstraße 88

40225 Düsseldorf

Tel. 0211 / 30 200 5-0

E-Mail: [bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net)

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsführer, Tel. 0211-30 200 522, [dirk.jansen@bund.net](mailto:dirk.jansen@bund.net) • **Auflage:** 24.050; **Druck und Versand:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das **BUND-Magazin** erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 31.12.2020 © BUND NRW e.V., August 2020